Nummer 47 Hannover, 19. November 1932 41. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Redaktionsschluß: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanschlüsse 2 28 41 und 2 28 42.

Nach den Reichstagswahlen.

Der Kampf um Freiheit und Sozialismus geht weiter!

Die Reichstagswahlen, deren Ergebnis wir in der vorigen Nummer des „Proletariers" bereits mitteilten, haben keine Klärung der politischen Situation gebracht. Klar ist nur, daß fast 90 Prozent der deutschen Wähler und Wählerinnen, die am 6. November ihr Wahlrecht ausübten, die gegenwärtige Reichsregierung und ihre Innen- und Außenpolitik nicht wollen. Ob der neue Reichstag „arbeitsfähig" sein wird, ist vorläufig eine müßige Frage und schwer zu entscheiden, besonders in Ansehung der Wendigkeit mancher Parteien, die sich noch vor kurzem bitter bekämpften und auf den Tod beleidigten und dann wieder zu nationaler Arbeit zusammenfanden. Weder Nazis noch Zentrum sind abgeneigt, sich zu koalieren, und die Vorwürfe des Reichskanzlers v. Papen gegen die NSDAP. verschleiern nur sehr mangelhaft die alte, heimliche Liebe zu der Partei Hitlers, zu den aufbauwilligen Kräften. Die Gegensätze zwischen Hugenberg und Hitler werden sich ausgleichen lassen, wenn es den gemeinsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie gilt. Der Faschismus ist so gefährlich wie vorher, und die KPD. wird frohlockend zur Seite stehen.

Das ist es, was die letzten Wahlen wiederum gezeigt haben, die Sozialdemokratie wird allein den schweren Kampf gegen junkerliche und kapitalistische Diktatur ausfechten müssen. Um so bedauerlicher ist der Stimmenverlust, den die Sozialdemokratische Partei erlitten hat, um so schwerer wiegt der Verlust von 12 Reichstagsmandaten. Gewiß werden die letzten, die höchsten Fragen, die das arbeitende Volk angehen, nicht in den Parlamenten allein entschieden, aber solange wir das parlamentarische System bejahen — und es ist doch mit der Demokratie untrennbar verbunden —, vermindert jedes verlorene Mandat die Erfolgsmöglichkeiten unseres Kampfes, erschwert jede verlorene Stimme bei den Wahlen und im Parlament die Abwehr der gleichzeitig immer kühner werdenden konterrevolutionären Angriffe. Diese Erkenntnis darf nicht beschönigt werden, sie muß im Gegenteil dazu führen, begangene Fehler zu erkennen und neue zu vermeiden.

„Partei und Gewerkschaften sind eins!" Also führt jeder Verlust, den die SPD. in den Wahlkämpfen erleidet, ganz zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Lage der Gewerkschaften. Das ist doppelt schmerzlich in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und politischer Verwirrungen, in denen wirtschaftliche und politische Gegner der Arbeiterschaft gemeinsam zum Angriff auf die mühsam, unter tausend Kämpfen errungenen sozialen und politischen Rechte der Arbeiterklasse schreiten. „Partei und Gewerkschaften sind eins!" Aber noch mehr gilt, daß die SPD. ihren stärksten Rückhalt, ihre zuverlässigste Kerntruppe, ihre besten Reserven in den Mitgliedern der freien Gewerkschaften hat. Unbestreitbar haben die freien Gewerkschaften den weitaus größten Teil der 7 Millionen sozialdemokratischer Stimmen gestellt. Das gibt der freiorganisierten Arbeiterschaft ein Recht, zu fordern, daß die wirtschaftlichen, die sozialen und politischen Interessen der Arbeiterschaft in den Parlamenten noch nachdrücklicher, noch energischer vertreten werden. Es gibt keine freie, keine demokratische deutsche Republik ohne eine starke und einflußreiche Arbeiterschaft, ohne einen entscheidenden Einfluß der freien Gewerkschaften auch in den staatspolitischen Fragen und in der Staatsführung. Und in bezug auf den jetzigen Staat, in bezug auf die jetzige Staatsführung und ihr Verhältnis zur Arbeiterschaft muß es gesagt werden, daß die Lage immerhin etwas verändert ist gegen die ersten Jahre der Republik. Dieser Staat der Junker und Generale ist nicht mehr der Staat, den die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften in den Novembertagen des Jahres 1918 wollten.

Die Partei ist nichts ohne die freien Gewerkschaften. Diese sind ihre beste, ihre zuverlässigste Stoßtruppe. Noch mehr Staats-, noch mehr Wirtschaftspolitik im Interesse der Gewerkschaften wird diese Stoßtruppe stärken und schlagkräftiger machen. Unter den 700 000 Stimmen, die die SPD. verlor, ist sicher — so bedauerlich es ist — auch die manches Mitgliedes der freien Gewerkschaften. Die verlorenen Stimmen, die wankend oder flüchtig gewordenen Kämpfer wiederzuholen, wird sehr schwer sein, wenn wir uns nicht mit ganzer Energie, mit allen verfügbaren Mitteln dafür einsetzen, daß wir unsere sozialistischen, unsere gewerkschaftlichen Forderungen — u. a. Umbau der Wirtschaft! — auch der diktaturlüsternen Junker- und Generalsherrschaft gegenüber durchsetzen. In der Politik der Reichsregierung werde sich nichts ändern, hat Reichskanzler v. Papen gesagt. Vielleicht ändert sich in unserer Staats- und Wirtschaftspolitik manches. Es könnte diesem rücksichtslosen Herrenstandpunkt der Reaktionäre gegenüber nichts schaden.

Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften stehen allein im gigantischen Kampfe gegen die Feinde ringsum. Das ist kein Grund zu Weltuntergangsstimmung, aber es mahnt sehr ernsthaft zur Selbstbesinnung, zur Sammlung aller sozialistisch-revolutionären Kräfte, zu äußerster Wachsamkeit und zu rücksichtsloser Entschlossenheit! Es geht um Leben und Freiheit, um das Schicksal der Arbeiterbewegung überhaupt! Die Reichstagswahlen sind vorbei, **der Kampf um Freiheit und Sozialismus geht weiter!**

Gegen die Entrechtung der Arbeiterschaft

In den Kreisen der Arbeitnehmer, denen die verfassungsmäßige Freiheit der Arbeiterschaft am Herzen liegt, besteht kein Zweifel darüber, daß die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 5. September 1932 in „die Rechtsstellung der Arbeiter im Staate" sowie in das Tarifrecht und das Arbeitsvertragsrecht verheerend eingreift, denn sie reißt die Schutzschranke der tariflichen Lohnbindung ein. Dem Denken und Fühlen innerhalb der Arbeiterschaft wird dadurch die Richtung gegeben, daß sie mit empörender Ungerechtigkeit behandelt und zu Opfern herangezogen wird, die für sie untragbar sind und darüber hinaus dem Wirtschaftsleben schweren Schaden zufügen.

Wo immer in den Verbänden, die Anspruch auf tarifvertraglichen Wert haben, zu der Notverordnung Stellung genommen worden ist, wird der Reichsregierung das Recht bestritten, den tariffeindlichen Arbeitgebern die Möglichkeit zu geben, die von den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmerverbänden in gemeinsamer Arbeit festgelegten, für tragbar und notwendig befundenen und beschlossenen Tariflöhne ihren höchst persönlichen geschäftlichen Dispositionen anpassen zu können. Sie sind übereinstimmend der Auffassung, daß die Maßnahmen der Reichsregierung aus staatspolitischen und rechtlichen Erwägungen heraus unwirksam sind. Diese Auffassung hat ihren guten Boden in der im Geschäftsleben und auf dem Arbeitsmarkt üblichen Praxis, nach welcher ein unbeteiligter Dritter über den Preis der Waren nichts mitzubestimmen hat, weil er ja Wert und Gegenwert nur aus der Ferne würdigen und die tatsächlichen Wirkungen einer anders verfügenden Vorschrift nur mit kaum zu verwertender Gefühlsmäßigkeit abwägen kann. Die Tätigkeit der nicht sachlich geleiteten Hand führt außerdem in den sehr empfindlichen Veräftelungen des Wirtschaftslebens fast zwangsläufig zu schweren Erschütterungen durch Streiks und Aussperrungen.

Aus der Erfahrung heraus, daß wirtschaftliche Erschütterungen beiden Teilen schwere Wunden schlagen, wurden sie bislang (soweit es das Lebensinteresse der Arbeiterschaft zuließ) bewußt umgangen und verhindert durch den tarifvertraglichen Vergleich, der nach der Verbindlichkeitserklärung für die Dauer des Vertrages mit Gesetzeskraft Ordnung schafft. Die von den Gestaltern des Wirtschaftslebens als richtig erkannte und gewollte Ordnung hat jetzt die dritte Hand geändert und dadurch einen Unfrieden geschaffen, der jeden Tag unseren gesamten Wirtschaftskörper in vulkanische Zuckungen werfen kann.

Dieses Spiel mit dem Feuer muß aufhören, oder die Betriebe und die Arbeitnehmer erleiden einen gar nicht abzuschätzenden Schaden. Die Tarifvertragskontrahenten stehen heute vor dem Faktum, daß zu den schweren Wunden, die dem deutschen Außenhandel geschlagen worden sind, und die die Absatz- und Verdienstmöglichkeiten auf das empfindlichste schädigen, nun auch noch die Steigerung der innerwirtschaftlichen Schwierigkeiten getreten ist.

Die Meinung, daß der Bruch eines Tarifvertrages nicht mehr Vertragsbruch sein soll, und daß Tariflöhne, die nach dem Willen der vertragschließenden Verbände und der diesem Willen folgenden Rechtsprechung nicht unterschritten werden durften, nunmehr nach von Unternehmern aufgenommenen Krediten und nach den für diese Kredite vereinbarten Zinsen, also nach betriebsverschiedenen Verhältnissen und unterschiedlichen finanziellen Verpflichtungen, unter staatlichem Schutzzwang herabgesetzt und aufgezwungen werden können, beweist ein so großes Verkennen des wirtschaftlich Gewordenen, daß dem konstruierenden Willen für Notverordnungen mit aller Dringlichkeit nahegelegt werden muß, den beiden großen Wirtschaftsfaktoren und ihrem schriftlich festgelegten tariflichen Willen etwas mehr Beachtung zu schenken.

Schwierigkeiten sind dabei auf der Arbeitnehmerseite nicht zu überwinden, und für die Arbeitgeberfront hat der stellvertretende Geschäftsführer der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Erdmann, anläßlich des Kampfes in den Eisenbetrieben des Ruhrgebiets nach der „Gewerkschafts-Zeitung" erklärt, „daß die Beseitigung der Vertragstreue rechtspolitisch eine Durchbrechung der das gesamte Vertragsrecht beherrschenden Grundsätze über Vertragstreue und Vertragssicherheit bedeutet und infolgedessen eine Rechtsanschauung verkörpert, die wirtschaftlich und für die Fundamente jeder Rechtssicherheit von den weitestreichenden Folgen sein würde".

Wenn man auch der Meinung Raum geben darf, daß die Zeit diesen wirtschaftlichen Ausflug der jeweiligen Machthaber als eine übersteigerte Hervorkehrung privatkapitalistischen Herrenwillens ansehen wird, so darf aber nicht unbeachtet bleiben, daß der Zustand der Rechtsunsicherheit im Arbeitsvertrag in Deutschland ein Glied mehr in der Kette der Komplikationen ist, auf die nicht nur die organisierte Arbeiterschaft, sondern auch das Ausland mit der Entziehung des Vertrauens antwortet.

Die Entziehung des Vertrauens ist aber gleichbedeutend mit dem Verlust der Aufträge und führt für ganze Arbeitergruppen zum Verlust ihrer Existenz. Daraus ergibt sich für die Arbeiterschaft die Pflicht, mit dafür zu sorgen, daß diesem Zustande ein Ende bereitet wird, und wo der Geist der Entrechtung sich erhebt, da muß er zu Boden geschmettert werden.

Karl Lemenhow.

Unternehmervorschläge zur internationalen Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine Frage von großer Bedeutung geworden. National und international wird man Maßnahmen in dieser Beziehung treffen müssen. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat sich mit diesem Problem auf einer Tagung in Madrid beschäftigt und den Beschluß gefaßt, es auf der nächsten Arbeitskonferenz vordringlich zu behandeln. In der „Vossischen Zeitung" Nr. 519 macht ein Wirtschaftler zur internationalen Regelung dieser Frage beachtenswerte Vorschläge, die wir hier zusammengefaßt wiedergeben wollen:

„Die europäischen Industriestaaten treffen ein internationales Abkommen, wonach die Arbeitszeit durch Gesetz so weit verkürzt wird, daß die Industrie gezwungen ist, die Mehrheit der arbeitslosen industriellen Arbeiter aufzunehmen. Der Maximalarbeitstag in jedem Lande richtet sich nach dem Grade der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitszeitverkürzung darf nicht zu einer wesentlichen Verkürzung der bisher für die 48-Stunden-Woche gezahlten Löhne führen. Der festzusetzende Minimallohn soll sich an die bisher gezahlten Tariflöhne anlehnen. Die so fixierten Löhne müssen mit einem Abschlag von 5 v. H. als Minimallöhne zunächst für mehrere Jahre festgesetzt werden. Die Konkurrenzverhältnisse der einzelnen Länder würden somit wie bisher unverändert bleiben. Eine internationale Kommission der dem Vertrage beitretenden Staaten würde die Überwachung der Ausführung des Abkommens in den einzelnen Ländern auszuüben haben. Die Organisationen der Unternehmer und Arbeiter in den einzelnen Ländern sollen dabei mitwirken. Zum Schutze gegen die Konkurrenz billiger Arbeitslöhne in denjenigen Staaten, die dem Abkommen nicht beitreten, sollen die Vertragsstaaten bei der Einfuhr aus solchen Ländern eine Ausgleichsabgabe erheben, damit der Unterschied der Löhne ausgeglichen wird. Es wird empfohlen, von einer normalen Arbeitszeit von 36 Stunden wöchentlich auszugehen. Würde die normale Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden verkürzt, so ergäbe sich daraus eine Erhöhung der Löhne um 33⅓ v. H., von denen der Abschlag von 5 v. H. abgeht. Es bleiben rund 28 v. H. Nimmt man den Lohnanteil mit 30 v. H. an, dann würden sich die Warenpreise im Durchschnitt um 8,4 v. H. höher stellen. Dem stehen aber die Ersparnisse von Arbeitslosenbeiträgen, Steuern, Verminderung der fixen Unkosten bei der durch die Steigerung der Kaufkraft möglichen Produktionsausdehnung gegenüber. Bei einer richtigen Kalkulation würde von einer Preiserhöhung wenig übrig bleiben."

Das ist der Vorschlag eines Wirtschaftlers. Es kommt nun darauf an, inwieweit die von der Krise heimgesuchten europäischen Staaten den Mut aufbringen, der Arbeitslosigkeit auf diese Art zu Leibe zu gehen und dabei die Massenkaufkraft durch verhältnismäßig stabile Löhne zu sichern.

Erfolgreiche Werbearbeit.

Neue Erfolge kommen zu den alten. Neue Erfolge planmäßiger Werbearbeit spornen zur Nacheiferung an. Es wurden im Oktober in folgenden Zahlstellen neue Mitglieder gewonnen:

Brandenburg	19	Merseburg	28
Danzig	43	Niedersachswerfen	15
Frankfurt a. d. Oder	54	Rathenow	31
Guben	52	Stettin	28
Hanau	8	Velten	9
Helmstedt	25	Waren	15
Ilmenau	37	Wilhmund	15
Köslin	38	Wurzen	18
Ludwigshafen	155		

Werbearbeit ist die lohnendste Arbeit, darum kein Nachlassen, kein Müdewerden in der Agitation!

Der deutsche Arbeitsmarkt während der Krise.

Die Arbeitsämter berichten monatlich über die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen im Reiche. Nach ihren Berichten soll die Arbeitslosigkeit seit Ende Februar etwa um 1 Million zurückgegangen sein. Die Arbeitsämter zählten nämlich am Monatsende:

Februar	6,1 Millionen Arbeitslose
Mai	5,6 Millionen Arbeitslose
August	5,2 Millionen Arbeitslose
September	5,1 Millionen Arbeitslose

Etwa bis Ende Mai konnte es sich hier um eine saisonmäßige Erholung der Wirtschaft handeln. Seit Juni soll der konjunkturelle Umschwung eingetreten sein, und die Regierungspresse bemüht sich zu beweisen, daß dieser Umschwung auf den neuen politischen Kurs zurückzuführen ist, der durch die Wiederkehr des Vertrauens die Wirtschaftsbelebung erzielt hat.

Die amtlichen Meldungen über den ununterbrochenen Rückgang der Arbeitslosigkeit müssen aber das stärkste Mißtrauen erwecken. Wären diese Behauptungen richtig, wäre wirklich die Arbeitslosenzahl in sieben Monaten um 1 Million zurückgegangen, dann hätten auch die Arbeiter etwas von diesem Aufschwung der Beschäftigung gespürt. Dies ist aber nicht der Fall.

Die gewerkschaftliche Arbeitsmarktstatistik läßt keinen nennenswerten Rückgang der Arbeitslosigkeit erkennen. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern waren arbeitslos:

	In sämtlichen Berufen v. H.	In der Konjunkturgruppe v. H.
Februar	44,9	35,7
Mai	43,9	36,8
Juli	44,4	38,0
August	44,5	38,1
September	44,1	37,6

Die Monatsausweise der Arbeitsämter geben ein verschönertes Bild der Lage des Arbeitsmarktes, weil sie nicht sämtliche Arbeitslosen erfassen. Neben der offiziell anerkannten Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten Jahren eine unsichtbare Arbeitslosigkeit gebildet, um die sich die amtliche Statistik ebensowenig kümmert wie die Arbeits- und Wohlfahrtsämter. Den allmählichen Aufstieg und die gegenwärtige Stärke dieses irregulären Arbeitslosenheeres kann man mit ausreichender Genauigkeit ermitteln, wenn man nicht von den Listen der Arbeitsämter, sondern von der tatsächlichen Zahl der Arbeitnehmer im Deutschen Reiche ausgeht.

Das Statistische Reichsamt hat errechnet, daß die annähernde Zahl der Arbeitnehmer Anfang 1928 20,7 Millionen, Anfang 1929 21,0 Millionen, Anfang 1930 21,1 Millionen, Anfang 1931 ebenfalls 21,1 Millionen, Anfang 1932 21,0 Millionen und Anfang 1933 20,8 Millionen betragen müsse.

Nach dieser Schätzung waren im August dieses Jahres rund 20,9 Millionen Arbeitskräfte vorhanden. Tatsächlich war aber die Zahl der Arbeitnehmer im Lande höher, weil die Krise Hunderttausende von früheren Selbständigen proletarisiert und in Arbeitnehmer — sei es arbeitslose — verwandelt hat.

Von der Zahl der Arbeitnehmer sind allerdings die arbeitsunfähigen Kranken und Wöchnerinnen abzuziehen. Nach der Statistik der Krankenkassen waren im August d. J. 2,6 v. H. aller Versicherten wegen Erkrankung arbeitsunfähig. Der Wirtschaft standen also etwa 20 345 000 Arbeitskräfte (ohne den Zustrom der neuen Arbeitskräfte der proletarisierten Schichten zu berücksichtigen) zur Verfügung.

Wie viele von ihnen waren regelrecht beschäftigt? Die amtliche Statistik nennt als annähernd richtig die Zahl: 12 755 000.

Jetzt können wir den wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit ermessen:

Verfügbare Arbeitskräfte	20 345 000
Beschäftigte Arbeitskräfte	12 755 000
Arbeitslose	7 590 000

oder rund 7,6 Millionen. Wir hatten also im August nicht 5,2 Millionen, sondern etwa 7,6 Millionen Arbeitslose. Neben der offiziellen Arbeitslosigkeit bei den Arbeitsämtern besteht noch eine unoffizielle, unsichtbare, verborgene Arbeitslosigkeit, die etwa 2,4 Millionen Menschen umfaßt. Dieses zweite Arbeitslosenheer setzt sich aus Arbeitnehmern zusammen, die aus den Listen der Unterstützungsempfänger ausgesteuert sind und jede Hoffnung verloren haben, durch die Vermittlung des Arbeitsamts in Arbeit zu kommen.

Es gibt aber noch eine andere unsichtbare Arbeitslosigkeit — sie verbirgt sich hinter den Zahlen der Beschäftigten. Nach den Berichten der Gewerkschaften standen im August 1932 39,4 v. H. ihrer beschäftigten Mitglieder in Kurzarbeit. Auf die Gesamtzahl der Beschäftigten bezogen, bedeutet dieser Prozentsatz, daß es im Lande etwa 5,2 Millionen Kurzarbeiter gab.

Die Gesamtzahl der verfügbaren Arbeitskräfte gliederte sich also im Stichmonat wie folgt:

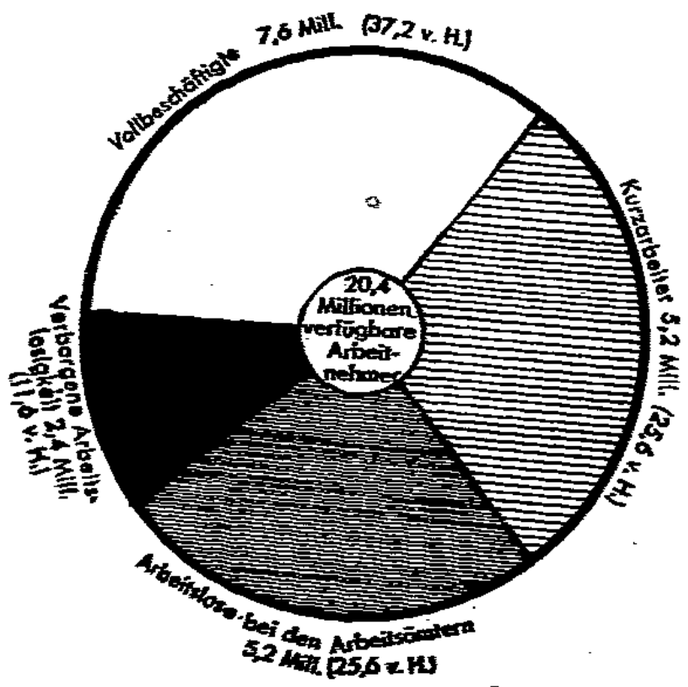
	In Millionen	In v. H.
Vollbeschäftigte	7,6	37,2
Kurzarbeiter	5,2	25,6
Arbeitslose bei den Arbeitsämtern	5,2	25,6
Verborgene Arbeitslosigkeit	2,4	11,6
Arbeitnehmer insgesamt	20,4	100,0

Es gibt im Lande etwa soviel Arbeitslose wie Vollbeschäftigte; die verfügbare Arbeitskraft, die einzige Quelle des Volksreichtums und -wohlstandes, wird etwa um 55 v. H. ausgenutzt (s. Diagramm 1).

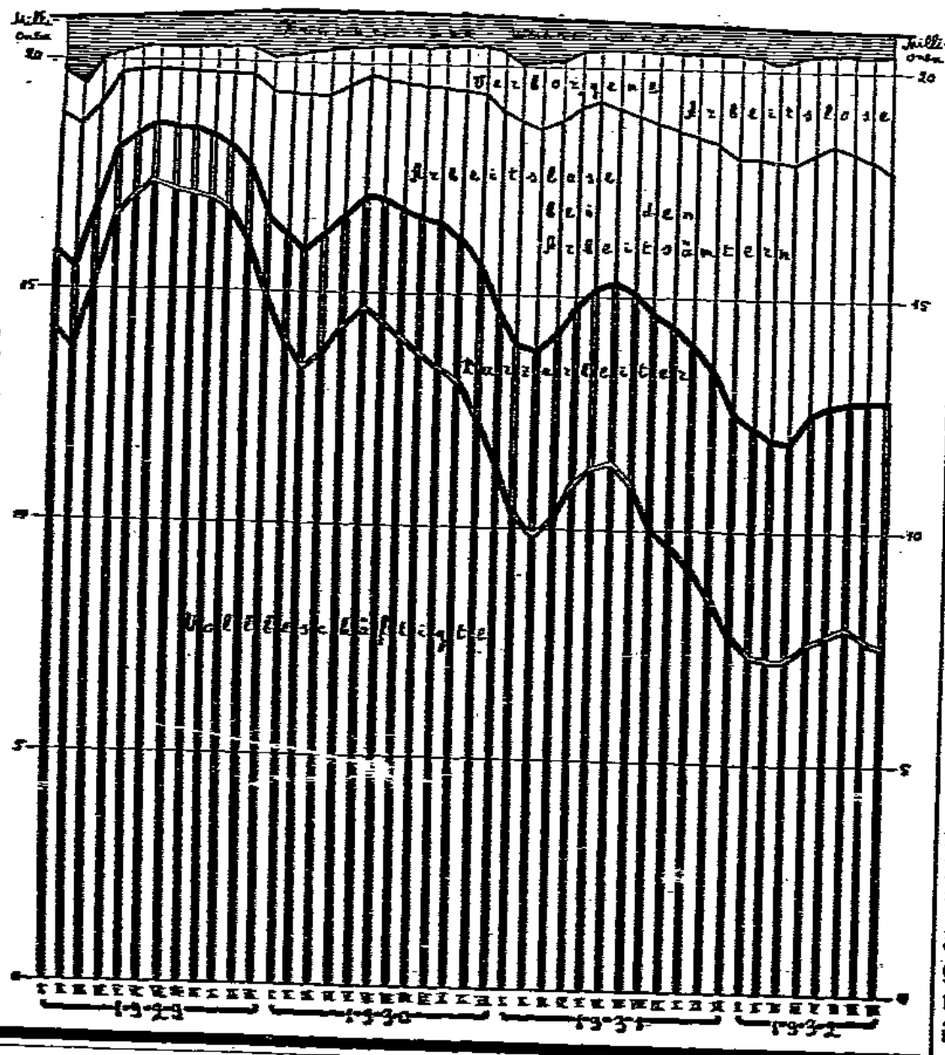
Diese katastrophale Lage hat sich allmählich entwickelt. Seit Sommer 1929 sinkt ununterbrochen die Zahl der Vollbeschäftigten, während die Zahlen der Kurzarbeiter und der Arbeitslosen emporeilen. Hand in Hand mit der Verschlechterung des Unterstützungsrechts der Arbeitslosen steigt die verborgene Arbeitslosigkeit. Das Diagramm 2 gestattet, diesen Prozeß von Monat zu Monat zu verfolgen. Es zeigt, daß in diesem Falle keine Rede von zufälligen statistischen Unstimmigkeiten und Abweichungen sein darf. Es besteht aber eine eiserne Logik in der übereinstimmenden Abwärtsbewegung der drei Kurven, die auf dem Schaubild die vier Schichten der Arbeitnehmer trennen: Vollbeschäftigte, Kurzarbeiter, Arbeitslose bei den Arbeitsämtern und verborgene Arbeitslose.

Die Kapitalisten nennen sich Arbeitgeber. Diese ihre Bezeichnung wird auch offiziell anerkannt. Sie sollen dem Volk die Arbeit „geben". „Wer Arbeit gibt, ist sozial", schreit die Regierungspresse. Unser Diagramm zeigt, wie die Kapitalisten diese ihre soziale Pflicht dem Volke gegenüber erfüllt haben und wie wenig sich das gesamte kapitalistische System in den letzten Jahren bewährt hat.

1. Gliederung der Arbeitnehmer in Deutschland im August 1932



2. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Deutschland seit Anfang 1929



Kapitalistische Anarchie und sozialistische Planwirtschaft.

Nach der Behauptung der Anhänger der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung walte auch in dem so oft als planlos verschrienen Kapitalismus ein Plan, der zwar nicht bewußten menschlichen Handlungen entspringe, der sich jedoch gleichsam hinter den Rücken der Menschen verwirkliche: dieser geheimnisvolle Plan bestehe in der Selbststeuerung des kapitalistischen Marktes. Man kann darüber streiten, ob die Selbststeuerung der Wirtschaft durch den kapitalistischen Markt als Plan oder als Anarchie bezeichnet werden soll. Ob Plan, ob Anarchie, für jeden Fall verdient eine Wirtschaft, in der ein „Plan" sich nur durch die gewaltigen Erschütterungen der Wirtschaftskrisen, die immer schärfer werden und immer länger dauern, verwirklichen kann, zum Teufel gejagt zu werden. Indessen ist es u. E. ein Mißbrauch des Wortes, hier überhaupt von Plan zu reden.

Diesem falschen „Plan" steht der sozialistische Wirtschaftsplan gegenüber, ein durchdachtes System der Wirtschaftsführung, das die beste Entfaltung der Produktivkräfte, die gerechteste Verteilung des Produktionsertrags und die Selbstverwaltung der Arbeiter sichern soll. Da jedoch ein sozialistischer Wirtschaftsplan sowohl wegen der politischen Machtverhältnisse als auch wegen des vorhandenen Reifegrads der Wirtschaft nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann, mußten die Anhänger der sozialistischen Planwirtschaft zunächst einen Übergangsplan aufstellen, einen Plan zum stufenweisen Umbau der Wirtschaft. Dieser Umbauplan wurde in dem kürzlich veröffentlichten Programm der freien Gewerkschaften bis in seine Einzelheiten ausgearbeitet. Ein solcher Umbauplan muß zwei Forderungen genügen. Einmal muß er die sozialistische Planwirtschaft der Zukunft vorbereiten. Zum anderen muß er die Produktivkräfte der Wirtschaft schon heute aufs energischste fördern. Die sozialistische Wirtschaft kann nicht erst nach der Zerstörung der gegenwärtigen Wirtschaftsgrundlagen auf einem Trümmerhaufen neu aufgebaut, vielmehr müssen die Bedingungen des Aufbaues so günstig wie möglich gestaltet werden. Die Lebensinteressen der von der Wirtschaftskrise in ihrer Existenz betroffenen Arbeiterbevölkerung verlangen ebenso dringend nach einem solchen Plan. Daher ist das hervorragende Merkmal des freigewerkschaftlichen Umbauplanes, daß er bereits für heute eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse verspricht. Der Plan will nicht Fesseln anlegen und zerstören, er will vielmehr entfesseln und aufbauen. Das Morsche und Überlebte soll aus dem Wege geräumt, an seine Stelle Lebendiges und Entwicklungsfähiges gesetzt werden.

Unsere Gegner, Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft und Vertreter auch von Schichten mit der „sozialistischen Sehnsucht", treten Tag für Tag, wenn auch nicht mit einem Gesamtplan, so doch mit Plänen und Plänchen auf, die staatliche Eingriffe in die Wirtschaft fordern, und sind darüber ungehalten, daß wir diesen Plänen unsere Zustimmung versagen. Da Planwirtschaft selbstverständlich staatliche Eingriffe nötig macht, möchte man uns jetzt einreden, daß daher ein jeder staatliche Eingriff schon Planwirtschaft sei. Das ist freilich Unsinn. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit können unter Umständen nichts anderes bedeuten als unerwünschte Subventionen für einzelne Interessentengruppen auf Kosten der anderen und zum Schaden der Volkswirtschaft. Auch sonst können staatliche Eingriffe, ohne einem volkswirtschaftlichen Gesamtplan zu dienen oder sich in einen solchen einzufügen, nur wirtschaftsstörend sein.

Wir bekämpfen die Autarkiebestrebungen, weil wir wissen, daß die Autarkie Hunger und Elend bedeutet, den Export tötet und die Arbeitslosigkeit ansteigen läßt. Wir wissen, daß die deutsche Autarkiebewegung in Wirklichkeit den Bestrebungen zur Begünstigung der Großagrarier entspringt. Auf der Dresdener Tagung des Vereins für Sozialpolitik bekämpfte daher der sozialistische Referent Emil Lederer mit großem Erfolg die Autarkiebestrebungen. Ihm wurde nun sehr zu Unrecht vorgeworfen, daß er als Sozialist eine planwirtschaftliche Regelung des Außenhandels ablehne. Das zeugt von einer völligen Verwirrung der Begriffe. Nach welchen Grundsätzen sich ein sozialistischer Wirtschaftsplan richten muß, haben wir eingangs geschildert. Die Autarkiebewegung befolgt die entgegengesetzten Grundsätze. Sie zerstört und baut nichts auf. Gewiß verlangen auch wir die staatliche Regelung des Außenhandels, ja, wir möchten zum staatlichen Außenhandelsmonopol gelangen. Als Werkzeug der Abschließung im einseitigen Interesse einer dünnen Bevölkerungsschicht möchten wir jedoch diese Einrichtung nicht mißbraucht sehen. Würde ein Außenhandelsmonopol eingeführt, so wäre es im gegenwärtigen Augenblick gewiß ein Geschenk von zweifelhaftem Wert.

Mit derselben ablehnenden Kritik stehen wir den Währungsplänen gegenüber, die die endgültige Loslösung der Währung vom Gold und die Errichtung einer geregelten Papierwährung zum Ziel haben. Nebenbei gesagt, gehört die Goldwährung zu den ganz wenigen planvollen Einrichtungen, die der Kapitalismus aufzuzeigen hat, da sie ein internationales Bindeglied zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften ist. Unsere Vorstellungen über Planwirtschaft haben mit der Zerstörung der Währung nichts gemein.

Wie hohl sich, gemessen an den Maßstäben, die wir für eine wirkliche Planwirtschaft aufstellen, die nationalsozialistischen Wirtschaftspläne erweisen, zeigt sich an den zahllosen Widersprüchen und der kaum zu überbietenden Unsicherheit dieser Pläne. Jeden Augenblick kann ein wichtiger Programmpunkt des Wirtschaftsplanes, wenn er diesen Namen überhaupt verdient, umgestoßen und das Gegenteil davon gefordert werden. Man kann sich nicht mehr wundern, wenn z. B. im „Völkischen Beobachter" auf der einen Seite des Blattes das Kontingentsystem aufs wärmste befürwortet und dem Bedauern Ausdruck gegeben wird, daß es nicht noch viel stärker angewendet wurde, und auf einer anderen Seite der Regierung vorgeworfen wird, sie habe durch die Einführung des Kontingentsystems den deutschen Industrieexport auf das empfindlichste geschädigt. Der nationalsozialistische Traum über die Brechung der Zinsknechtschaft ist, will man den neuesten Programmentwürfen glauben, endgültig ausgeträumt. Was noch da an Plänen übrigbleibt, sind allein unausgegorene Inflationsplänchen, die heute in dieser, morgen in einer anderen Gestalt erscheinen.

Was soll man aber von dem Wirtschaftsplan der Regierung halten? Der Ankurbelungsplan von Papen ist wegen der in ihn eingebauten Lohnsenkung ein schlechter Plan. Immerhin konnte er als ein Plan bezeichnet werden, wenn er auch freilich mit dem so dringenden Umbau der Wirtschaft nichts zu tun hat. Als aber die Regierung den Weg der Kontingentierung der Einfuhr eingeschlagen und damit die Ausfuhr unterbunden hat, zerschlug sie mit der einen Hand, was sie mit der anderen aufbauen wollte. Sie versprach, den Arbeitsmarkt mit Hilfe ihres Planes anzukurbeln, und gleich nachher kündigte sie Maßnahmen an, die die Arbeitslosigkeit stark erhöhen müssen. Wer da noch von einem Plan redet, den kann man wohl über die richtige Verwendung dieses Begriffs nicht belehren.

Welthandel und Krise.

Seit dem Jahre 1929 geht der Welthandel in geradezu katastrophaler Weise zurück. Das Statistische Reichsamt gibt für das erste Halbjahr 1932 den Welthandel von 48 Staaten bekannt. Diese 48 Staaten sind in ihrer Einfuhr im ersten Halbjahr 1929 von 66,5 Milliarden Mark auf 27,5 Milliarden im ersten Halbjahr 1932 und in der Ausfuhr von 59,8 Milliarden Mark auf 23,7 Milliarden zurückgegangen. Mit diesem Außenhandel erreichen wir nur noch zwei Drittel des Umfanges des Welthandels vom Jahre 1913.

Überraschend stark ist der Rückgang des Welthandels gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1931. Wir heben nur 6 der bedeutendsten Staaten heraus. Eine Einbuße in der Ausfuhr hatten zu verzeichnen: Deutschland um 37,3 v. H., England 30,3 v. H., Frankreich 37,4 v. H., Niederlande 37,8 v. H., Italien 33,3 v. H. und die Vereinigten Staaten von Amerika um 36,2 v. H. Der Unterschied zwischen

diesen Staaten ist gering, auch in der Einfuhr haben diese besonders stark am Außenhandel interessierten Länder einen fast gleichen Rückgang zu verzeichnen. Der Welthandel ist also zusammengeschrumpft, wie in keiner voraufgegangenen Periode. Daß bei der Tendenz der einzelnen Staaten, sich durch Zoll- und Einfuhrsperrung gegen die Wareneinfuhr abzuschließen, ein bemerkenswerter Umschlag eintreten kann, scheint ausgeschlossen.

Der Kapitalismus erzeugt in allen Ländern die gleichen Übel. Er vermag selbst nicht die zerstörten Gebiete des Welthandels wieder aufzubauen, im Gegenteil, er treibt sie weiter in das Verderben hinein. Das politische System ist das der kapitalistischen Herrschaft; ob Faschismus, ob Bourgeoisie, ob Agrarier oder Schlotbarone die Herrschaft haben: die Unterschiede sind unbedeutend in der wirtschaftlichen Gestaltung. Helfen kann nur eine sozialistische planmäßige Wirtschaft, die dieses System beseitigt und eine Organisation aufbaut, die dem gesamten Volke zum Nutzen gereicht.

Freiwilliger Arbeitsdienst unter Zwang.

Manche Leute in Deutschland sind ernstlich bestrebt, die Arbeitsdienstpflicht durchzuführen. Der Landrat des Kreises Wittenberg hat die Jugendlichen aufgefordert, sich zum Freiwilligen Arbeitsdienst zu melden. Im Weigerungsfalle erklärt er folgendes: „Geht innerhalb einer Frist von drei Tagen die Meldung nicht ein, dann muß ich annehmen, daß Sie nicht mehr hilfsbedürftig im fürsorgerechtlichen Sinne sind. Ich werde dann prüfen, von welchem Zeitpunkt an die Zahlung der Unterstützung eingestellt werden muß." Gegen diese und ähnliche Übergriffe besonders eifriger Personen muß sich die Arbeiterschaft in ihrer Vertretung schärfstens zur Wehr setzen. Dieser Landrat beherrscht sehr gut den „Papen-Stil".

Krisennot und Massenelend.

In jedem Lande wohnen Armut und Reichtum eng beieinander. Wirtschaftsstatistiken erzählen von der Ergiebigkeit der Produktion, von den gewaltigen Vorräten an Lebensmitteln, Rohstoffen und Gebrauchsgegenständen, die in Lagerhäusern, Magazinen und Verkaufsgeschäften sich häufen. Die Welt soll an Überfluß leiden und nahe daran sein, an ihm zugrunde zu gehen. Und indessen sind Millionen von Familien von der bittersten Not heimgesucht.

Wer sich stets satt zu essen vermag, gut gekleidet geht, und in warmen Zimmern sitzen kann, kann sich kaum vorstellen, daß die Hälfte oder ein Drittel des deutschen Volkes, wie dies Dr. Alice Salomon im „Berliner Tageblatt" Nr. 503 feststellt, „noch nicht ein eigenes Bett, eine eigene Schlafstelle besitzen, keine Wohnung, in der Raum genug ist, um für jeden Bewohner ein Bett unterzubringen". Diese Vertreterin einer bürgerlichen Sozialpolitik führt in dem genannten Artikel eine Reihe von Beispielen an, die für jeden, der es noch nicht weiß, erschütternd wirken müssen. So schreibt beispielsweise ein Berliner Stadtarzt: „Schlechte Lohnverhältnisse werden zu einer Quelle der Seelennot für alle, weil sich hier vor aller Augen und Ohren Umarmungen, Schwangerschaft und Geburt, Monatsphase und Wechseljahre, Not und Tod offen und ungeschminkt abspielen." Im Jahresbericht der Ambulatorien des Verbandes der Berliner Krankenkassen wird mitgeteilt, daß von den 2450 Besuchern der Ehe- und Sexualberatungsstelle 37 v. H. als Untermieter wohnten. Bei 1367 Besucherinnen der Beratungsstelle wurden im ganzen 3300 Fehlgeburten festgestellt.

Das sind nur einige Ausschnitte aus dem sich im stillen abspielenden namenlosen Elend der Gegenwart. In Deutschland gibt es etwa 7 Millionen Arbeitslose. Davon werden ungefähr die Hälfte Familienväter sein. Viele Ehen geraten in Gefahr, weil die Not der Familie Anlaß zu vielen Streitigkeiten gibt. Wenn irgendeine, dann hat diese Wirtschaftskrise die moralischen Kräfte des Volkes angegriffen und Instinkte erweckt, die sonst nicht zum Durchbruch gekommen wären. Frau Salomon hat recht, wenn sie schreibt: „Solange die große Masse der Menschen unzureichend behaust, bekleidet und ernährt ist, solange wirkt der Glaube an die Überproduktion verhängnisvoll, so lange wird der gesunde Menschenverstand sich nicht dabei beruhigen, so lange wird es Menschen geben, die den Mangel an gesellschaftlicher Organisation anklagen." Wir fügen hinzu: Solange solche Verhältnisse herrschen, werden die Gewerkschaften nicht müde sein, ihren Kampf für die Besserstellung der arbeitenden Klasse mit aller Energie weiterzuführen.

Reichsgarantien – eine andere Form für Subventionen.

Wie weit die „grundsätzlich neue Staatsführung" einen „Wohlfahrtsstaat für den Unternehmer" schuf, indem die Verluste zwar sozialisiert, dagegen die Gewinne privatisiert werden, zeigt der Reichshaushaltsplan für 1932, demzufolge die vom Reich übernommenen Bürgschaften am 1. April d. J. die runde Summe von 1563 Millionen betrugen. Hiervon entfielen 269 Millionen auf die Landwirtschaft, 689 Millionen auf Handel und Gewerbe, 76 Millionen auf Schiffahrt und Verkehr, 176 Millionen auf Wohnungs- und Siedlungswesen, 348 Millionen auf die Stützung von Bankinstituten und etwa 6 Millionen auf sonstige Garantieübernahmen. Bei dieser Zusammenstellung muß jedoch hervorgehoben werden, daß über diese bereits vergebenen Bürgschaften und Garantieverpflichtungen des Reichs hinaus die Regierung zu diesem Zeitpunkt noch über offene Garantieermächtigungen im Umfang von 1786 Millionen Reichsmark verfügt. Wie sich eine solche Politik mit der amtlich verkündeten Abstellung der Wirtschaft auf die private Initiative vereinbaren läßt, wird wohl vorderhand das Geheimnis der Regierung bleiben müssen, die den Unternehmern die Rückendeckung bot.

Die gewaltigen Einkommensunterschiede im Kapitalismus.

Die soeben vom Deutschen Statistischen Reichsamt veröffentlichte Einkommensteuerstatistik zeigt die krassen und ungeheuerlichen Einkommensunterschiede, die der Kapitalismus zeitigt, und die nicht ungleichem Fleiß und ungleichen Begabungen, sondern in erster Linie dem kapitalistischen Ausbeutungseigentum entspringen. Zwar liegen der Aufstellung die Zahlen für 1929 zugrunde, doch dürften sich inzwischen aller Wahrscheinlichkeit nach die Verhältnisse eher verschärft als gemildert haben. Rund eine Million Einkommensteuerpflichtige der Steuerstufe bis zu 1500 RM. — nicht eingerechnet sind die Millionen, die die steuerpflichtige Einkommensgrenze nicht erreichen — hatten zusammen ein Einkommen von einer Milliarde, während 4500 Menschen der höchsten Steuerstufe über 100 000 RM. jährliches Einkommen allein ebenfalls ein Einkommen von rund einer Milliarde erreichten. Diese Unterschiede werden noch deutlicher, wenn wir mehrere Einkommensstufen zusammenfassen und gegenüberstellen. So waren von den beiden niedrigsten Steuerstufen, die die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 3000 RM. umfassen, zwei Millionen Menschen notwendig, um ein Einkommen von 3,3 Milliarden zu erzielen, während bei den drei höchsten Einkommensgruppen über 25 000 RM. Jahreseinkommen schon 56 000 Menschen ausreichten, um ein gleiches Einkommen von mehr als 3 Milliarden Reichsmark zu erreichen. Es ist verständlich, daß die dünne Schicht der Besitzenden sich mit allen Kräften gegen eine Änderung dieses von Ungerechtigkeiten triefenden Zustandes wehrt. Aber die wirtschaftliche Entwicklung hat ihre eigenen Gesetze und wird die Umwälzung und die Neuordnung auch gegen den Willen der gegenwärtigen oberen Zehntausend vollziehen.

Das Schlichtungswesen im Jahre 1931.

In dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit spielen die Schlichtungsbehörden in Deutschland eine große Rolle. Es ist bemerkenswert, daß die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden selbst in der Krise nicht nachgelassen hat. Im „Reichsarbeitsblatt" Nr. 31 wird über die Schlichtungsverfahren im Jahre 1931 berichtet. Insgesamt wurden in diesem Jahre von den Schlichtungsbehörden 6898 Verfahren eingeleitet, und zwar vor Schlichtungsausschüssen 6330, vor ständigen Schlichtern 457 und vor den vom Reichsarbeitsminister für besondere Fälle bestellten Schlichtern 111 Verfahren. Die Inanspruchnahme der Schlichtungsbehörden bewegte sich auf der durchschnittlichen Höhe der Jahre 1927 bis 1929. Als Streitgegenstand stehen Lohn und Gehalt weitaus an erster Stelle. Allein oder in Verbindung mit anderen Fragenkomplexen galten fast neun Zehntel aller Schlichtungsverhandlungen der Lohn- und Gehaltsregelung. Die Erledigung der Streitsachen vollzog sich in der Mehrheit (71,2 v. H.) aller Fälle in der Weise, daß es zur Bildung einer Schlichtungskammer kam. Die übrigen Streitsachen konnten teils im Vorverfahren oder auf sonstige Weise beigelegt werden. Nur in 13 v. H. aller Fälle kam es vor der Schlichtungskammer zu einer Einigung zwischen den Streitenden. In rund 80 v. H. der Fälle wurde ein Schiedsspruch gefällt. Von den durch Schlichtungsbehörden gefällten Schiedssprüchen wurden 59 v. H. von den Streitparteien abgelehnt. Die Ablehnung der von den Schlichtungsbehörden gefällten Schiedssprüche ging in der Mehrzahl der Fälle von Arbeitgeberseite aus. Anträge auf Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche wurden bei den ständigen Schlichtern und bei dem Reichsarbeitsminister in insgesamt 1830 Fällen gestellt. Rund zwei Drittel dieser Anträge gingen von der Arbeitnehmerseite aus. Diese Angaben lassen selbst im Krisenjahr 1931 eine starke Inanspruchnahme der Schlichtungsverfahren erkennen.

Chemische Industrie

Entwicklung der chemischen Industrie 1925–1931.

Einen interessanten Überblick über die geschäftliche Entwicklung der chemischen Unternehmungen in Deutschland in den Jahren 1925 bis 1931 gibt die Zeitschrift „Die chemische Industrie", Nr. 45 d. J.

Für die Arbeiterschaft der chemischen Industrie wird es ganz besonders interessant sein, aus dem internen Geschäftsbetrieb etwas zu hören, insbesondere deshalb, weil auch die chemische Industrie in den letzten Jahren mit vollen Tönen in das Klagelied der deutschen Unternehmer einstimmte, selbst zu Zeiten, als die chemische Industrie Deutschlands durchaus noch keinen Grund dazu hatte. Die Darstellungen über die geschäftliche Entwicklung dieses Industriezweiges zeigen aber auch, daß, gemessen an der allgemeinen Wirtschaftsnot Deutschlands, die chemische Industrie heute noch durchaus zufrieden sein kann, denn wenn das, was für das letzte Berichtsjahr von der chemischen Industrie als schlechter Geschäftsgang betrachtet wird, zum Maßstab genommen werden soll, wie müssen da erst die „guten Zeiten" für die chemischen Unternehmungen ausgesehen haben?

In der deutschen chemischen Industrie sind nach diesem Bericht heute etwa 470 Aktiengesellschaften tätig, darunter 150, deren Kapital die Millionengrenze überschreitet. Es spricht für die Konzentration dieses Industriezweiges am deutlichsten, wenn man hört, daß auf diese letztgenannten Betriebe ⅔ des Gesamtkapitals der chemischen Industrie entfallen.

Die Aktiengesellschaften mit weniger als 1 Million Nominalkapital wiesen nach den Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamtes am 31. Dezember 1931 nur ein Nominalkapital von insgesamt 80 Millionen Mark auf. Einschließlich der Reserven dürfte ihr Kapital keine 100 Millionen Mark erreichen. Das Kapital der auf dem Gebiet der chemischen Industrie tätigen Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist auf etwa 600 Millionen Mark zu schätzen. Das Kapital der Einzelfirmen der chemischen Industrie beträgt etwa 400 Millionen Mark.

Demgegenüber steht ein Gesamtkapital der größeren Aktiengesellschaften von rund 2200 Millionen Mark, wenn man zum bilanzierten Nominalkapital die Reserven und die in Aktien umwandelbaren Obligationen hinzuzählt. Das in der chemischen Industrie investierte Gesamtkapital dürfte nach heutigem Stande 3½ Milliarden Mark erreichen. Auf die J.-G. Farbenindustrie, AG., entfallen davon nach dem Stand vom 31. Dezember 1931 1153 Millionen Mark.

Daß die chemische Industrie vom anlagesuchenden Kapital besonders bevorzugt wird, beweist der Umstand, daß in den Jahren 1925 bis 1929 das in der chemischen Industrie investierte Kapital um fast 1 Milliarde Mark zugenommen hat.

Auch die chemische Industrie hat in den Jahren aufsteigender Produktionsentwicklung teilweise den ungesunden Aufblähungsprozeß nicht vermeiden können und mußte deshalb in Zeiten rückläufiger Bewegung zu Kapitalherabsetzungen schreiten. Von 1929 bis 1931 ist in der chemischen Industrie durch Kapitalherabsetzungen, Auflösung von Reserven und Liquidationen eine Verminderung des Gesamtkapitals um 200 bis 250 Millionen Mark eingetreten.

Außer den Gesellschaften, die sich auf rein chemischem Gebiet betätigen, gibt es noch einige Aktiengesellschaften, deren Interessen sich auch auf andere industrielle Gebiete erstrecken. Zählt man diese zu den oben genannten Betrieben hinzu, dann erhöht sich das Gesamtkapital für 1929 um rund 200 Millionen Mark. Gleichzeitig ergibt sich dann, daß die Verminderung des Gesamtkapitals etwa 300 Millionen Mark im Laufe der Jahre 1929 bis 1931 ergibt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie hat von sämtlichen Aktiengesellschaften der chemischen Industrie, die über 1 Million Mark Nominalkapital aufweisen, vom Jahre 1925 an die jährlichen Geschäftsabschlüsse zusammengestellt und die vielfach sehr unterschiedlich bezeichneten einzelnen Bilanzposten auf einen einheitlichen Nenner gebracht. Dem bilanzierten Aktienkapital, den Reserven, den Hypotheken, Obligationen und langfristigen Anleihen wurden die Betriebsanlagen, die Beteiligungen und die Vorräte, den kurzfristig aufgenommenen Krediten und Warenschulden wurden die flüssigen Mittel, wie Kasse, Wechsel, Außenstände und sonstige Forderungen, gegenübergestellt. Das Bild, das sich so ergibt, ist wert, von der Arbeiterschaft beachtet und festgehalten zu werden. Es sieht folgendermaßen aus:

Geschäftsabschlüsse aller Aktiengesellschaften der chemischen Industrie mit über 1 Million Mark Nominalkapital.

	Aktiva			Passiva			Liquidität
	Werte in Millionen Mark						
Jahr	Betriebsanlagen	Beteiligung	Vorräte	Aktienkapital	Reserven	Hypotheken und Obligationen	Überschuß der Außenstände und flüssigen Mittel über die kurzfristig. Schulden: + bzw. Fehlbetrag: —
1925	918,6	411,6	435,5	1435,1	197,5	47,6	— 12,4
1926	951,7	433,5	442,3	1626,6	273,9	49,2	+ 140,4
1927	1044,6	488,2	496,2	1724,1	335,5	51,2	+ 228,6
1928	1188,2	584,8	641,3	1805,0	387,2	307,1	+ 257,0
1929	1270,0	569,4	676,2	1868,4	428,9	356,7	+ 223,6
1930[1]	1251,2	632,1	599,6	1560,2	370,4	371,2	+ 188,0
1931[2]	1076,5	504,0	437,4	1590,4	33,1	365,3	+ 299,4

[1] Es fehlen Abschlüsse von 3 Gesellschaften mit 11,7 Millionen Mark Kapital.
[2] Es fehlen Abschlüsse von 18 Gesellschaften mit 65,5 Millionen Mark Kapital.

Treffender als diese kurze Zahlenzusammenstellung kann die günstige, wenn auch durch Krise eingeschränkte Wirtschaftslage der chemischen Industrie nicht gekennzeichnet werden. Die Großunternehmungen zeigen durchweg auch heute noch eine starke „Fettschicht" in Form von Reserven und ähnlichen Rücklagen. Beachtenswert ist die außerordentliche Liquidität, wie sie in Deutschland in kaum einer anderen Industrie zu verzeichnen ist.

Der schon erwähnten Zunahme von Aktienkapital, Reserven und Obligationen entspricht ein erhebliches Anwachsen der Betriebsanlagen, besonders stark in den Jahren 1926 bis 1928. Auch im Jahre 1929 überwiegen noch die Zugänge bei den Betriebsanlagen die Abschreibungen. Das Jahr 1930 zeigt ein Verharren auf dem Höchststand, und erst das Jahr 1931 bringt einen merklichen Rückgang. In einer Zeit, in der die Wirtschaft schon unter starken Krisenzuckungen litt, haben die Beteiligungen noch, wenn auch unter Schwankungen, bis zum Jahre 1930 zugenommen. Die Vorräte verzeichnen eine ähnliche Entwicklung. Sie sind besonders stark in den Jahren 1927/28 gesteigert worden, erreichten 1929 den Höhepunkt und befinden sich von da an in scharfem Rückgang. Im großen und ganzen sind die geschäftlichen Schwankungen nur gering gewesen. Im Jahre 1931 ist eine stärkere Bewegung der Finanzposten zu bemerken. Die Liquidität, die sich 1930 auffällig verschlechterte, hat sich 1931 wesentlich gebessert; sie zeigt, daß die chemische Industrie Deutschlands, soweit die Großindustrie in Frage kommt, gesichert und unabhängig dasteht. Natürlich wird auch Klage geführt über die geschwundene Rentabilität. Wir wollen auf diese Zahlen nicht eingehen; da sie von Unternehmerseite kommen, glauben wir nicht, daß sie ein wahres Bild der Rentabilität zeigen. Außerdem entzieht es sich unserer Kenntnis, in welcher Form die Rentabilitätsberechnung erfolgt. Angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage der chemischen Großindustrie glauben wir, daß trotz der Krise noch ansehnliche Betriebsgewinne herausgewirtschaftet werden.

Bei den einzelnen Gruppen von chemischen Erzeugnissen ergeben sich nicht unerhebliche Abweichungen vom Gesamtbild. Durchweg die beste Übereinstimmung mit dem Gesamtdurchschnitt zeigen natürlich die Unternehmungen, die sich auf mehreren Gebieten der chemischen Industrie zugleich betätigen. Diese Unternehmungen bilden auch die größte Gruppe. Auf sie entfällt genau die Hälfte des bilanzierten Eigenkapitals, etwas mehr als die Hälfte der ausgewiesenen Reserven und über zwei Drittel der Obligationen und Hypotheken. An der Reingewinnsumme ist diese Gruppe ebenfalls mit zwei Dritteln beteiligt. Im Jahre 1931 ist sogar fast der gesamte Reingewinn der chemischen Industrie hier erzielt worden. Im allgemeinen ist auch die Liquidität hier am stärksten. Die Betriebsanlagen stehen hier niedriger zu Buch als im Durchschnitt, da von dem Gesamtwert der Betriebsanlagen der chemischen Industrie auf diese Gruppe weniger als die Hälfte entfällt.

Die zweitgrößte Gruppe wird aus 38 verschiedenen Unternehmungen gebildet, die in der Hauptsache Schwerchemikalien herstellen. Hier fällt der Höhepunkt der geschäftlichen Entwicklung eindeutig in die Jahre 1929 und 1930. Aktienkapital und Reserven auf der einen Seite, Betriebsanlagen, Vorräte und Beteiligungen auf der anderen Seite haben hier im Jahre 1930 noch zugenommen. Der Reingewinn allerdings ist bereits im Jahre 1930 beinahe auf die Hälfte zurückgegangen und hat sich im Jahre 1931 nochmals halbiert. Die Liquidität ist in dieser Gruppe eine sehr unterschiedliche. Im allgemeinen ging die Verschuldung um ein beträchtliches über die Summe der Außenstände hinaus; die Liquidität hat sich aber im Jahre 1931 erheblich gebessert. (Fortsetzung folgt.)

Papier-Industrie

Der Papenplan ein Fehlschlag.

Steuer- und Lohngeschenke an die Industrie sollten die Produktion beleben, die Arbeitslosigkeit vermindern, den Produktionsprozeß verbilligen und die Preise, wenn schon nicht ermäßigen, so doch wenigstens stabilisieren. Dieses waren die Gedanken, die den Reichskanzler von Papen beim Erlaß seiner Notverordnungen leiteten. Für die Papiererzeugungsindustrie haben sich die gegenteiligen Auswirkungen gezeigt.

Arbeiterentlassungen.

Die „Papierzeitung" Nr. 88/1932 meldet:

„Im Gegensatz zu der in den letzten Wochen allgemein steigenden Tendenz des Beschäftigungsgrades mußte die papiererzeugende Industrie im September und während der ersten Oktober-Hälfte überwiegend zu Entlassungen schreiten. Die Vollbeschäftigtenzahl der Papierarbeiter sank von 63,2 Ende August auf 61,5 Ende September und weiter bis auf 61,1 v. H. nach dem Stand vom 15. Oktober. Da in der gleichen Zeit kaum eine Zunahme der Kurzarbeit stattgefunden hat, so ist der Rückgang der Beschäftigtenzahl ausschließlich auf Arbeiterentlassungen zurückzuführen. Im Oktober des vorigen Jahres waren noch 68,5 v. H. der Papierarbeiter als voll beschäftigt gemeldet."

Die Ursache

dieses Fehlschlages ist zunächst bei den in der Papiererzeugungsindustrie erfolgten Preissteigerungen für den Inlandsmarkt zu suchen. Die am 15. Oktober eingetretene Zellstoffpreiserhöhung beträgt durchschnittlich 15 Prozent. Für sämtliche Papiersorten wurden daraufhin die Preise gesteigert. Die bereits eingetretenen Preissteigerungen genügen anscheinend den Papierfabrikanten noch nicht. Hierzu folgender Auszug aus einem Artikel „Preiserhöhungen und deutsche Industrie" in der gleichen Nummer der „Papierzeitung":

„Die Preiserhöhung, die bei Schreib- und Druckpapieren etwa 5 v. H. und bei Packpapieren 10 bis 15 v. H. beträgt, ist allein auf die Dauer nicht genügend, um den Papierfabriken eine Rentabilität zu sichern."

Interessant ist ferner die im gleichen Artikel gemachte Feststellung, daß der Auslandspreis für ausgeführten Zellstoff

zur Zeit 12,20 RM. je 100 Kilo beträgt, während nach den amtlichen Ermittlungen der deutsche Großhandelspreis im September 18,40 RM. und nach der neuen Preiserhöhung heute rund 21 RM. beträgt.

Ein ähnliches Verhältnis scheint auch zwischen den In- und Auslandspreisen für Papier zu bestehen. In einer Entschließung des Außenhandelsverbandes der papierverarbeitenden Industrie vom 21. Oktober 1932 heißt es dazu u. a.:

„Vollends unmöglich aber wird die Ausfuhr werden, wenn die Zellstoff- und Papiererzeugung an ihrer Einstellung festhält, wonach das deutsche Rohpapier nach dem Auslande zu billigeren Preisen angeboten wird als im Inlande."

Überrationalisierung.

Ein weiterer Grund zu den bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Papiererzeugungsindustrie liegt in der Überrationalisierung, besonders der Konzernbetriebe, und in den damit verbundenen Kapitalfehlleitungen. Der vorher erwähnte Artikel sagt dazu folgendes:

„Hand in Hand mit der Festigung und Stabilisierung der Preise muß eine Reorganisation der papiererzeugenden Gesellschaften stattfinden, weil die meisten Gesellschaften überkapitalisiert sind. Sie sind nicht imstande, den Umsatz zu erzielen, den das investierte Kapital erfordert."

Ohne Zweifel hat auch die nach Beendigung der Inflation in vielen Gesellschaften vollzogene Aufwertung der Papiermark auf vollwertige Goldmark den Keim der Überkapitalisierung in sich getragen.

Einschränkung der Produktion.

Neben der Erhöhung der Preise zeigt sich in den letzten Wochen weiterhin das Bestreben, durch starke Kartellierung und scharfe Kontingentierung der Produktion, verbunden mit einer Einschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit, einen Ausweg aus der derzeitigen Situation zu finden.

Die Opfer

dieser Maßnahmen sind zunächst die Arbeiter der Papiererzeugungsindustrie, die neben Lohndruck und Kurzarbeit weitergehende Entlassungen in Kauf nehmen müssen. Die bereits vorgenommenen und infolge der Sanierungsmaßnahmen der Papiererzeugungsindustrie weiterhin zu erwartenden Preiserhöhungen müssen unwillkürlich auch zu einer Verteuerung der Produktion in der Papierverarbeitungs- und Veredelungsindustrie führen. Der durch die Papen-Politik verursachte Lohndruck auf die gesamte Arbeitnehmerschaft Deutschlands, das Herunterdrücken der Unterstützungssätze der verschiedensten Einrichtungen für Erwerbslose unter das Existenzminimum und die dadurch fast vollständig zertrümmerte Kaufkraft aller Arbeitnehmer müssen demnach auch zu Produktionseinschränkungen und weiterer Arbeitslosigkeit in der Papierverarbeitungsindustrie führen, die auf den Beschäftigungsgrad der Arbeitnehmerschaft in der Papiererzeugungsindustrie abermals ihren Rückschlag ausüben wird.

So zeigt sich denn, daß die steuer- und lohnpolitischen Maßnahmen, verbunden mit den sogenannten wirtschaftlichen Sanierungsmaßnahmen der Unternehmer in der Papierindustrie zu weiterer Produktionsdrosselung und zu noch größerer Verelendung der Papierarbeiterschaft führen. Kann demnach durch Regierungsmaßnahmen der bisherigen Art der Arbeiterschaft keine Erlösung aus den bestehenden Verhältnissen gebracht werden, so bleibt nur der Weg der gewerkschaftlichen Selbsthilfe für die Arbeiterklasse übrig. Daß es dabei nicht mit Phrasendreschen, Schimpfen und Aufstellung von Wunschforderungen getan ist, sondern daß es dazu der aktiven Mithilfe aller Papierarbeiter in ihrer Gewerkschaftsorganisation bedarf, ist keine Weisheit, sondern eine im eigenen Interesse der Papierarbeiterschaft liegende Selbstverständlichkeit.

G. Stühler.

Niederschrift

über die Sitzung des Tarifamts der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie am 5. November 1932 zu Charlottenburg.

Anwesend sind:
1. als Arbeitgeberbeisitzer die Herren:
Helmbrecht, Leopold, Wigankow;
2. als Arbeitnehmerbeisitzer die Herren:
Frankenberg, Gräf, Rücker, Stühler.
Vorsitz, turnusgemäß: Herr Dr. Leopold,
Schriftführer, turnusgemäß: Herr Gräf.

Antrag der Gruppe Sachsen des Arbeitgeberverbandes auf Lohnregelung.

Für die Parteien erscheint niemand. Die Parteien haben sich schriftlich mit der Besetzung des Tarifamts 3:3 einverstanden erklärt und gebeten, auf Grund der Aktenlage zu entscheiden.

Es wird zur Sache verhandelt.

Ein Spruch kommt wegen Stimmengleichheit nicht zustande.

Frauenfragen.

Die Frauen im neuen Reichstag.

Dem neuen Reichstag gehören 36 Frauen an gegen 37 im alten. Die sozialdemokratische Fraktion zählt jetzt 13 weibliche Mitglieder. Die Kommunisten entsenden ebenfalls 13 Frauen ins Parlament. Außerdem sitzen in den Fraktionen des Zentrums 5, der Deutschnationalen 3, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei je eine Frau. Alle übrigen Parteien haben keine Frau als Kandidatin aufgestellt. Die Nationalsozialisten stellen aus Prinzip keine Frau auf. Sie sind der Meinung, daß die Frau an den Kochtopf gehört. Obgleich die Nazis den Frauen jede Möglichkeit zur politischen Betätigung nehmen und die Frauen auf die berühmten drei „K" beschränken wollen: Kinder, Küche, Kirche, haben doch viele Millionen Frauen für diese bis in die Spitzen frauenfeindliche Partei gestimmt. Wahrscheinlich sind unter den für die NSDAP. abgegebenen Stimmen verhältnismäßig sogar ganz erheblich mehr Frauenstimmen als bei allen anderen Parteien. Zuverlässige Angaben über die Verteilung der Frauen- und Männerstimmen für die verschiedenen Parteien fehlen leider, da nur in wenigen Orten Männer und Frauen getrennt abstimmen, z. B. in Wiesbaden.

Dort wurden abgegeben: für die SPD. 9228 Frauen- und 9447 Männerstimmen; für die KPD. stimmten 8807 Männer und 6105 Frauen. Dagegen erhielten das Zentrum 6672 Frauen- und 3260 Männerstimmen und die NSDAP. 18 310 Frauen- und 16 245 Männerstimmen. Ebenso stimmten für die Deutschnationalen und die Volkspartei bedeutend mehr Frauen als Männer. Es erscheint zweifelhaft, daß die Tatsache, daß es mehr Frauen in Deutschland gibt als Männer, den Überschuß an Frauenstimmen für die reaktionären Parteien allein erklären kann. Daß aber gerade die Sozialdemokratische Partei, der die Frauen doch in erster Linie ihr Wahlrecht zu verdanken haben, nicht mehr Frauenstimmen erhielt, ist Grund genug, die politische und gewerkschaftliche Aufklärung unter den Frauen in sozialistischem Sinne noch intensiver zu betreiben.

Eine Arbeiterinnen-Kommissionssitzung in Hannover.

Am 8. November fand die 14. Sitzung der Arbeiterinnen-Kommission der Zahlstelle Hannover statt. Außer den Mitgliedern der Arbeiterinnen-Kommission und den Vertretern der Verwaltung nahmen Kolleginnen von der Jugendgruppe des Verbandes und weitere Funktionärinnen teil. Kollegin Tegtmeier führte den Vorsitz.

Kollegin Jammerf ging in ihrem Referat über das Ergebnis der Reichstagswahl und unsere nächsten Aufgaben auf die Stellung der Gewerkschaften im Wahlkampf ein und erklärte, worauf die Umschichtung der Parteien zurückzuführen sei. Wesentlich bei dieser Wahl sei der Rückgang der Nazistimmen um mehr als zwei Millionen. Leider hat auch die Sozialdemokratie Stimmen eingebüßt, trotz nachdrücklichster Aufklärungsarbeit. Es sind eben viele Wähler auf die Schlagworte und Phrasen, die gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie losgelassen wurden, hereingefallen. Die Regierung drückt über diese Wahl ihre „Zufriedenheit" aus und erklärt, daß sie keine Ursache habe, vom bisherigen Kurs abzugehen. Das bedeutet, daß man weitere Belastungen der Arbeiterschaft: Sozialabbau, Tariflockerung, Verfassungsverschlechterung, besonders allmähliche Ausschaltung des Volkes vom Mitbestimmungsrecht will. Wir wenden uns entschieden gegen die Maßnahmen der Regierung, unter denen die Frauen am meisten zu leiden haben. Die reaktionäre Regierungspolitik bewirkt, daß der Lohnanteil der Frauen sinkt zugunsten der Unternehmer und die Frauenarbeit steigt auf Kosten der Gesamtarbeiterschaft, insbesondere der Familienväter bzw. der Familien, deren Existenzgrundlage erschüttert ist. Wir haben jetzt höchst ungesunde und unerträgliche Zustände. Was ergibt sich daraus für die Arbeiterschaft?

Gewerkschaftliche Organisationen sind heute notwendiger denn je. Es kommt besonders darauf an, die Schlagkraft der Gewerkschaften zu erhalten und auszubauen. Alle Bestrebungen der Kommunisten und Nationalsozialisten, im Betrieb die freie Gewerkschaft zu zerstören, müssen zunichte gemacht werden. Dann behandelte Kollegin Jammerf das Programm der Gewerkschaften zum Umbau der Wirtschaft und zur Hebung der Kaufkraft der Massen. Sie betont, daß eine Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse und eine Besserung der Lage der Arbeiterschaft nur möglich ist, wenn unser gewerkschaftliches Programm sowie die Forderungen und Gesetzentwürfe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die dem neuen Reichstag vorliegen, entsprechende Beachtung finden. Die Kolleginnen gehören in dem entscheidenden Ringen um die Erhaltung der Arbeiterrechte und die Sicherstellung der Arbeiterfamilien mit in die vorderste Kampffront. Insbesondere trifft dies für die Mitglieder der Arbeiterinnen-Kommissionen zu, die im Betrieb den Antrieb geben sollen zu größerer Aktivität im gewerkschaftlichen Kampf.

Dem Referat folgte eine anregende Diskussion, in der u. a. auch das Organisationsverhältnis in den einzelnen Betrieben zur Sprache kam. Es wurden dann noch die letzten Vorbereitungen getroffen zum guten Gelingen des Frauen-Werbeabends der Zahlstelle Hannover unseres Verbandes, der am 19. November im Gewerkschaftshaus unter Mitwirkung der Fabrikarbeiter-Jugend-Gruppe stattfinden soll. — Anschließend führte Kollege Böker die Lichtbildserie „Im Westen nichts Neues" mit einigen Erklärungen vor. Die nächste Sitzung der Arbeiterinnen-Kommission findet am 3. Januar, abends 7 Uhr, im Sitzungszimmer der Zahlstelle statt.

Jugendbewegung.

Mehr gewerkschaftliche Jugendarbeit! Mehr Jugendgruppen!

Um die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit ist viel weniger gestritten worden als um die Gründung besonderer gewerkschaftlicher Jugendgruppen. Noch vor einem Jahrzehnt konnte man des öfteren der Meinung begegnen, gewerkschaftliche Jugendarbeit müsse auch ohne Errichtung besonderer gewerkschaftlicher Jugendabteilungen geleistet und fruchtbar gestaltet werden können. Diese Auffassung war nicht zutreffend, weil man übersah, daß die bis dahin erkennbare Distanzierung der Älteren von den Jüngeren zum Nutzen gedeihlicher Zukunftsarbeit ohne Gruppe nicht zu überbrücken war. Die Gewerkschaften haben sich nicht lediglich mit Gegenwartsarbeit zu begnügen, ihr Blick muß auch in die Zukunft gerichtet sein. Diese Erkenntnis zieht zwangsläufig die andere nach sich, daß Zukunftsarbeit mit Aussicht auf Erfolg nur dann verrichtet werden kann, wenn man die zukünftigen Träger gewerkschaftlichen Strebens frühzeitig mit den Methoden gewerkschaftlicher Organisationsarbeit vertraut macht und die Jüngeren in engster Verbindung mit den Älteren aktiv an gewerkschaftlichem Zielstreben teilnehmen läßt. Das ist in unserem Zeitalter ohne gewerkschaftliche Jugendgruppen unmöglich oder doch so fragwürdig, daß man um die Erfolge bangen müßte.

Heute ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit Allgemeingut. Heute stehen, wie selbstverständlich, die gewerkschaftlichen Jugendgruppen neben denen der Älteren und, wie die Entwicklung lehrt, nicht zum Nachteil der Gewerkschaften wie der Arbeiterbewegung überhaupt. Heute findet die schulentlassene Jugend vom frühesten Zeitpunkt an Raum und Betätigungsfeld innerhalb der Organisation, deren Träger sie zukünftig werden soll. Damit ist von vornherein eine Bindung an die gewerkschaftliche Organisation geschaffen, deren Vorteile für Bestand und Fortentwicklung der Gewerkschaften außer Frage stehen. Und eben weil die Bindung an die gewerkschaftliche Organisation so zeitig wie möglich erfolgen muß, bleibt es vordringliche Aufgabe der Gewerkschaft, Jugendgruppen zu schaffen dort, wo sie noch nicht bestehen, aber notwendig und möglich sind, die bereits bestehenden auszugestalten und die gewerkschaftliche Jugendarbeit in jeder Weise fortzuentwickeln.

Die Jugendarbeit der Gewerkschaft hat sich darauf zu erstrecken, zunächst in der Jugend den Sinn für gewerkschaftliche Organisation und Organisationsarbeit zu wecken. Sie ist folgerichtig fortzuführen, indem man den Jugendlichen Wert und Erfolge gewerkschaftlichen Wirkens aufzeigt und sie nach und nach selbst zu aktiver Gewerkschaftsarbeit heranzieht. Obwohl der beruflichen Schulung und fachlichen Qualifizierung hoher Wert beizulegen ist, darf doch die gewerkschaftliche Erziehung nicht zu kurz kommen. Der Pflege und Fortentwicklung des Allgemeinwissens der Jugendlichen hat die gewerkschaftliche Jugendarbeit ebenso zu dienen wie der körperlichen Entwicklung, die durch Spiele, Wanderungen und Körperkultur zu fördern ist.

Aber ein weiterer, nicht zu unterschätzender Umstand ist für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit von größter Beachtlichkeit: durch sachliche, systematisch aufbauende Arbeit die Jugend vom Weg der Phrase auf den der Tatsächlichkeiten zu lenken. Allein diese Aufgabe begründet hinreichend den Wert der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, der um so größer ist, je intensiver und sorgfältiger die Gewerkschaft auf allen Gebieten gewerkschaftlicher Jugendarbeit tätig ist.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter – ein gewissenloses Wahlmanöver der Nazi-Kozi.

Die Direktion der Berliner Verkehrs-Gesellschaft verkündete ihren Beschäftigten eine Kürzung der Stundenlöhne um 14 bis 23 Pf. In einhelliger Empörung wandten sich die Arbeiter der BVG. gegen diese Absicht, und nach langen Verhandlungen, die vom Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs geführt wurden, gelang es schließlich, die beabsichtigte Kürzung der Löhne von 23 auf 2 Pf. je Stunde zu verringern. Aber auch diese Senkung der Löhne wurde von der Arbeiterschaft abgelehnt, so daß schließlich ein Schiedsspruch verbindlich erklärt wurde, der einen Abbau von 2 Pf. je Stunde festsetzte. In einer Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis wurde die erforderliche satzungsgemäße Mehrheit für den Streik nicht erreicht. Nazis und Kozis aber trieben durch hemmungslose Agitation und Hetze gegen die freien Gewerkschaften die Belegschaft, die nur zu einem Drittel gewerkschaftlich organisiert ist, zum Streik. Der Streik dauerte fünf Tage, kostete einigen Menschen das Leben, bringt mehrere auf Jahre ins Zuchthaus und mußte schließlich von der zentralen Kampfleitung, in die sich Nazis und Kozis brüderlich teilten, ergebnislos abgebrochen werden. Es bleibt also bei dem übrigens vollkommen ungerechtfertigten Lohnabbau von 2 Pf. Die Direktion der BVG. erklärte, daß sie jetzt etwa 2500 von den über 20 000 Streikenden nicht wieder einstellen werde. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen.

Dieser Streik, kurz vor der Reichstagswahl, hat sicherlich zur Radikalisierung der Berliner Arbeiterschaft wesentlich beigetragen, und etwas anderes wollte die KPD. mit ihrer Streikhetze ja auch nicht bezwecken.

Rundschau.

Verstaatlichung der Bodenschätze – in Mexiko.

Die mexikanische Regierung hat ein Dekret erlassen, durch das die Bodenschätze an Gold, Kupfer, Antimon, Quecksilber, Aluminium, Phosphaten, Salpeter, Kohle, Platin, Eisen und Wismut nationalisiert werden. Das Dekret soll zum Ausdruck bringen, daß die genannten Bodenschätze als Nationalreserven zu betrachten sind.

Berichte aus den Zahlstellen.

Danzig. Freigewerkschaftlicher Erfolg bei den Arbeitnehmerausschußwahlen in der Zuckerfabrik Praust. Am 2. November fanden in der Zuckerfabrik Praust die Betriebsvertretungswahlen der über 300 Mann starken Belegschaft statt. Im Gegensatz zu den Arbeitnehmerausschußwahlen in der Zuckerfabrik Neuteich, bei der die Nazis auf Grund der Nazidirektion und der danach gehandhabten Einstellung von Arbeitskräften zur Kampagne, die Mehrzahl der Sitze im Ausschuß einnehmen, trugen im Werk Praust die freien Gewerkschaften den Sieg davon. Die Liste I des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands hat fünf Sitze, also die absolute Mehrheit erhalten, wogegen die Liste II der christlichen Gewerkschaften sich infolge ihrer bisher offenbarten „energischen, sachlichen und zielbewußten Arbeit" im Dienste der „ganzen Arbeiterschaft" (?) mit einem Sitz in der Betriebsvertretung begnügen mußte. Dieser Erfolg der Zuckerarbeiterschaft ist ein erneuter Beweis dafür, daß nur durch einmütiges Zusammenhalten, durch die Bildung einer wirklichen Einheitsfront im Kampf gegen die Reaktion die Gegner geschlagen werden können, und daß der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands der berufenste Vertreter der Interessen der Zuckerarbeiterschaft ist.

Verbandsnachrichten.

Mitgliedsbuch Kurt Bley.

Dem Kollegen Kurt Bley, Zahlstelle Stolp, Verbandsmitglied seit dem 16. April 1929, wurde das Mitgliedsbuch gestohlen. Es trägt die Nummer 1 047 667 und muß zurückbehalten und an den Hauptvorstand eingesandt werden, wenn es vorgezeigt wird.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Bielefeld: Emil Schmidtpott, Mitgl.-Nr. S II 757 987; Hameln: Karl Ladtkow, Mitgl.-Nr. S II 891 377; Nienburg: Gustav Lütje, Mitgl.-Nr. 1 186 250; Steffin: Otto Schreiber, Mitgl.-Nr. 1 092 268; auf Grund des § 14 Ziffer 3a und 3d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Darmstadt: Alois Schmidt, Mitgl.-Nr. 904 560; Ulm: Arno Weiß, Mitgl.-Nr. S II 672 724; Zwickau: Kurt Roth, Mitgl.-Nr. 1 100 029.

Zahlstelle Wittenberg.

Unser Büro befindet sich vom 22. November 1932 an in Wittenberg, Kurfürstenstraße 15 (Gewerkschaftshaus).

Literarisches.

„Gesundheit", Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen, e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Diese wertvolle Zeitschrift, deren Novemberheft wieder viele beachtliche Ratschläge enthält, ist an den Schaltern der Krankenkassen unentgeltlich zu haben.

Rassenkunde? Rassenwahn? Über Rassenkunde wird soviel geschrieben, aber es steht so wenig wissenschaftlich fest. Jetzt wird von berufener Seite in einer aktuellen Abhandlung untersucht, was man als Ergebnis objektiver Forschung betrachten kann und was politisch interessierter Dilettantismus alles geleistet hat. Die Judenfrage wird in einem besonderen Abschnitt untersucht. Deutschlands Aufnordung, die Theorien Gobineaus und Chamberlains sowie Günthers, die wichtigen Bestandteile nationalsozialistischer Politik, werden zum Schluß behandelt. Der Verfasser der wertvollen Schrift ist Prof. Dr. Adolf Hedler. Preis 75 Pf., erschienen im Verlag Dietz, Berlin, vorrätig in jeder Volksbuchhandlung.

Notruf der Kriegsopfer! Kriegsopfer klagen an! Zwei Materialzusammenstellungen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Berlin C 2, Roland-Ufer 6, die dem Reichstag und der Reichsregierung übermittelt wurden. Die Eingaben enthalten eine Fülle von erschütterndem Material über die Not der Kriegsopfer die durch die Abbauverordnungen noch um ein Vielfaches gesteigert wurde. Die Mappe „Notruf der Kriegsopfer" zeigt an Hand vieler Photographien das furchtbare körperliche Elend, das „das Stahlbad" über tausende vordem gesunder, kräftiger Männer brachte. Diese Elendsbilder wären der beste Anschauungsunterricht über den Dank des Vaterlandes der auch den jungen Kriegsbegeisterten der Nazis und Stahlhelmer sicher wäre. Die Schriften beweisen die Notwendigkeit der Arbeit des Reichsbundes, dessen Tätigkeit volle Unterstützung verdient.